

# Gedämpfte Freude am East River

Feierlichkeit und Routine auf der 40. UN-Generalversammlung

PIERRE SIMONITSCH

## NEW YORK ALS HAUPTSTADT DER WELT

Wahrscheinlich noch nie zuvor in der Geschichte waren so viele politische Würdenträger an einem Ort versammelt wie im vergangenen Herbst in New York. Anlaß des Prominentenaufmarsches war ausnahmsweise kein Staatsbegräbnis, sondern die Feier des 40. Geburtstags der Vereinten Nationen. Am 24. Oktober 1945 war die Charta der neuen Weltorganisation in Kraft getreten. Viele der Illusionen von damals sind mittlerweile zerfallen. Angesichts des schwerlich zu bestreitenden Prestigeschwunds der Vereinten Nationen in der westlichen Öffentlichkeit und der zunehmenden Kritik an den multilateralen Körperschaften, denen Leerlauf, Bürokratie und Doppelarbeit vorgeworfen werden, schien es kein überflüssiger Luxus, einmal ein neuerliches Bekenntnis zu den Idealen zu verlangen und die Lebendigkeit der UN zu demonstrieren.

35 Staatsoberhäupter, 33 Regierungschefs und 43 Sonderbeauftragte hohen Ranges leisteten der Einladung Folge, sich zur Jubiläumsfeier im Rahmen der 40. Generalversammlung der Vereinten Nationen einzufinden. Von den Mächtigen dieser Welt fehlten eigentlich nur der sowjetische Parteiführer Michail Gorbatschow und Frankreichs Präsident François Mitterrand. Auch Muammar Ghaddafi und Fidel Castro zogen es nach einigem Überlegen vor, zuhause zu bleiben. Sonst waren ziemlich alle da, deren Namen täglich durch die Massenmedien gehen: Ronald Reagan, Margaret Thatcher, Yasuhiro Nakasone, Zhao Ziyang, Wojciech Jaruzelski, Amin Gemayel, Shimon Peres, König Hussein von Jordanien, Rajiv Gandhi, Zia Ul-Haq, Daniel Ortega, Helmut Kohl (der freilich auf eine Ansprache vor dem Weltforum verzichtete) und viele andere. Der scheidende tansanische Staatspräsident Julius Nyerere bestieg die Tribüne für einen vielbeachteten Schwanengesang.

Die Redezeit der weit über 100 Auftretenden mußte auf jeweils eine Viertelstunde begrenzt werden, woran sich allerdings die wenigsten hielten. Nicht nur die Schwergewichtler der politischen Bühne hatten etwas zu sagen. Es entbehrte nicht eines gewissen Reizes, den Repräsentanten von Antigua und Barbuda, der Malediven oder Dominicas zu lauschen. Ihre Kommentare zur Weltlage haben noch jene Unschuld bewahrt, die den Profis des internationalen Parketts verloren gegangen ist. Zum ersten Mal durften auch die Vertreter von Nichtmitgliedern ans Rednerpult treten. Unter anderen nutzten die Schweiz, Liechtenstein und der Heilige Stuhl diese Möglichkeit.

Die 40-Jahre-Feier wurde zu einem Spektakel für die große amerikanische Metropole, die ansonsten den Vereinten Nationen eher abweisend gegenübersteht. Aus beleuchteten Büroräumen formte die 38stöckige Fassade des UN-Hauptquartiers in Riesenlettern die Botschaft ›UN40‹. Eine Privatfirma ließ auf ihre Kosten das Empire State Building blau und weiß bestrahlen. In den Mittagspausen standen die New Yorker Spalier, um die Fahrzeugkolonnen zu beobachten. Allein die Art der Fortbewegung des amerikanischen Präsidenten zwischen dem Waldorf-Astoria-Hotel und den Orten seiner Verabredungen war einen Umweg wert: voran eine Spitze von Polizeimotorrädern, dann die gepanzerten Limousinen, Fahrzeuge mit Sicherheitsbeamten auf den Trittbrettern und Dächern, eine Ambulanz für alle Fälle, wiederum Motorräder und zum Schluß eine Abteilung berittener Polizei. Die Sicherheitsvorkehrungen, die zur Sperrung ganzer Stadtteile für den gewöhnlichen Verkehr führten, verstärkten das tägliche Chaos zu den Stoßzeiten. Doch ausnahmsweise nahmen die Bewohner diese Unannehmlichkeiten lässig hin. Ein Stolz, die ›Hauptstadt der Welt‹ zu sein, hatte New York ergriffen, nicht zuletzt dank der ungewöhnlich ausführlichen Berichterstattung der Massenmedien.

Das Publikum verfolgte in Wort und Bild, wie sich Sandinistenführer Ortega im Central Park mit Jogging fit hielt, Gemayel während eines Gottesdienstes in der Kirche ›Unserer Frau vom Libanon‹ das Wort ergriff und der Staatssekretär des Vatikans, Kardinal Casaroli, in der St.-Patrick-Kathedrale von der Kanzel sprach. Zu den Zuhörern gehörte der philippinische Präsident Ferdinand Marcos mit Gattin Imelda. Schwedens Ministerpräsident Olof Palme predigte in einer protestantischen Kirche über Abrüstung; Zaires Staatschef Mobutu mietete zwei Salonwagen der Amtrak-Eisenbahn, um mit seinem 50köpfigen Gefolge einen Ausflug nach Washington zu unternehmen.

Alles in allem ein friedliches Bild, welches den US-Chefdelegierten bei den Vereinten Nationen, Vernon Walters, zur Feststellung bewegte, die 40. Tagung der Generalversammlung sei »ausgewogen und weniger von Konfrontationen belastet« gewesen als frühere. UN-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar mochte diesem Urteil über die am 17. September 1985 eröffnete, am 18. Dezember (vorläufig) beendete Tagung nicht ganz zustimmen. »Vielleicht wollte niemand die Geburtstagsstimmung vermiesen«, erklärte er auf seiner abschließenden Pressekonferenz. »Ich weiß nicht, ob die Vertreter der Staaten klüger geworden sind oder ob die Probleme nicht voll ausdiskutiert wurden.«

Pérez de Cuéllar hatte einigen Grund, an der plötzlichen Läuterung der politischen Akteure zu zweifeln. Den Vereinten Nationen fehlt weiterhin die Macht, bewaffneten Konflikten Einhalt zu gebieten. Weder im Golfkrieg noch in Afghanistan hat die Vermittlungstätigkeit der Vereinten Nationen bisher meßbare Erfolge gezeitigt. Bei der Feiersitzung des Sicherheitsrats auf der Ebene der Außenminister gab es wohlklingende Erklärungen, welche die Verantwortung dieses zentralen Gremiums unterstrichen, doch anschließend fehlten die Taten. Besonders peinlich war, daß es der Generalversammlung nicht gelang, eine gemeinsame feierliche Deklaration auszuarbeiten. Der Vorbereitungsausschuß mußte seine Unfähigkeit eingestehen,

---

### Autoren dieser Ausgabe

*Hans-Dietrich Genscher, MdB, geb. 1927, ist seit Mai 1974 Bundesminister des Auswärtigen und Stellvertreter des Bundeskanzlers; zuvor Bundesminister des Innern.*

*Dr. Siegfried Schultz, geb. 1936, ist seit 1968 im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin (West) tätig. Publikationen vor allem zur Entwicklungs- und Handelspolitik.*

*Pierre Simonitsch, geb. 1937, Genfer Korrespondent der ›Frankfurter Rundschau‹, beobachtete im Herbst 1985 die Jubiläumsfeierlichkeiten der UNO vor Ort in New York.*

*Dr. Dr. Erik Suy, geb. 1933, ist seit Anfang 1983 Generaldirektor des Genfer UN-Büros. 1974–82 Untergeneralsekretär für Rechtsfragen; zuvor Hochschullehrer in Belgien.*

*Liv Ullmann, geb. 1939, norwegische Schauspielerin und Schriftstellerin, ist seit 1980 ›Botschafterin des guten Willens‹ des UNICEF. 1985 Dag-Hammarskjöld-Ehrenmedaille der DGVN.*

*Roland Wartenweiler, lic. rer. pol., geb. 1944, gehört seit über 15 Jahren der Wirtschaftsredaktion der ›Neuen Zürcher Zeitung‹ an, für die er aus Genf berichtet.*

Übereinstimmung hinsichtlich der Palästinafrage, des Rechtes aller Völker auf Selbstbestimmung, der Unabhängigkeit Nambias, des Schuldenproblems und der Aufteilung der nach einer weltweiten Abrüstung freiwerdenden Ressourcen zu erzielen. Es hätte trotzdem zu einem holprigem Konsens gereicht, wenn nicht die USA ihre grundsätzliche Ablehnung des Nahost-Paragraphen kundgetan hätten. Washingtons Standpunkte wiederum schienen den Arabern unakzeptabel.

Schon im Vorfeld der 40. Generalversammlung hatten sich auf Einladung des Ausbildungs- und Forschungsinstituts der Weltorganisation (UNITAR) elf ehemalige Präsidenten der Generalversammlung Gedanken nicht zuletzt zur Verbesserung der Wirksamkeit dieses Hauptorgans gemacht (UN-Doc.A/40/377). In seinem einleitenden Bericht über die Tätigkeit der Vereinten Nationen (der in diesem Heft auf S. 24ff. abgedruckt ist) las dann der Generalsekretär insbesondere dem Sicherheitsrat die Leviten:

»Daß das System der Vereinten Nationen zur Erhaltung des Friedens und der Sicherheit unter den derzeitigen Gegebenheiten viele Schwächen und Mängel aufweist, kann nicht in Abrede gestellt werden. ... Es leidet darunter, daß die Beschlüsse des Rates nicht genügend geachtet und befolgt werden. Oft leidet es unter der mangelnden Bereitschaft, gefährlichen Situationen zuvorzukommen, ja diese wenigstens vorherzusehen und sich die Möglichkeiten des Rates in einem Stadium zunutze zu machen, in dem die Probleme möglicherweise noch eher zu bewältigen wären. Es leidet darunter, daß der Rat nicht fähig ist, einige Probleme überhaupt anzugehen.«

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen trat im abgelaufenen Jahr 74mal zusammen, darunter 14mal während der Jubiläumsfeierlichkeiten im Oktober. Bei der 2608. Sitzung am 26. September säumten die Außenminister der fünf Ständigen und der zehn rotierenden Mitglieder den hufeisenförmigen Tisch. Die Vertreter der Großmächte beteuerten unisono, sie würden die heiligen Grundsätze wie Gewaltverzicht und Nicht-einmischung in fremde Angelegenheiten buchstabengetreu befolgen. Der Zuhörer glaubte sich auf einen anderen Planeten versetzt. Mitten hinein in die würdige Versammlung schallte über den Lautsprecher eine Warnung: »Die Ausläufer des Wirbelsturms Gloria haben New York erreicht. Sofort alle Fenster schließen!« Allgemeines Gelächter zeigte an, daß der unbeabsichtigte Symbolgehalt dieser Warnung verstanden wurde. Der Sitzungsraum des Sicherheitsrats ist fensterlos. Seine Benutzer beglückwünschten oder beschuldigten einander und nehmen oft gar nicht zur Kenntnis, welche Stürme draußen aufziehen. Die Welt wird nicht so dargestellt, wie sie wirklich ist, sondern wie sie die Mächtigen zum eigenen Vorteil darstellen.

In der Tat lieferte die Geburtstagsfeier Anlaß zur Besinnung. Der Rat verabschiedete ein im voraus redigiertes Papier (S/17501), in dem seine Mitglieder geloben, künftig wirksamer zu arbeiten und die gebotenen Möglichkeiten auszuschöpfen. Das Wort »Reform« wurde von manchem Redner der 40. Generalversammlung in den Mund genommen, darunter von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher. In einem einzigen Teilbereich wurden jedoch im Verlauf der Tagung echte Fortschritte sichtbar: bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Hier zeichnet sich auch eine zunehmende Interessengleichheit der Supermächte ab.

## SCHATTEN DES NAHOSTKONFLIKTS

Zur Nagelprobe führte die Bombardierung des Hauptquartiers der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) bei Tunis durch die israelische Luftwaffe. Obwohl die USA diesem als Vergeltungsmaßnahme für die Ermordung von drei israelischen Bürgern auf Zypern ausgegebenen Schritt anfänglich mit Sympathie begegneten, wurden sie sich rasch der Verwicklungen bewußt. Auf Klage Tunesiens verfaßte der Sicherheitsrat einen Resolutionstext, der am 4. Oktober ohne Gegenstimme bei Stimmenthaltung der USA angenommen wurde. Israel zeigte sich bitter enttäuscht, daß die Amerikaner die Entschliebung 573 nicht durch ihr Veto zu Fall brachten, denn darin wird die Bombardierung tunesischen Territoriums als flagrante Ver-

letzung der UN-Charta und der internationalen Verhaltensregeln »energisch« verurteilt. Israel wird aufgefordert, solche Handlungen in Zukunft zu unterlassen. Die übrigen UN-Mitglieder sollen Maßnahmen ergreifen, welche Israel von weiteren Verletzungen der Souveränität und territorialen Integrität anderer Länder abhalten. Tunesien erhielt das Recht auf angemessene Wiedergutmachung »angesichts der erlittenen Verluste an Menschenleben und Sachschäden« zugesprochen.

In der Debatte verteidigte sich Israel mit dem Hinweis auf das in der UN-Charta verankerte Recht auf Selbstverteidigung. Dieser Auslegung widersprachen alle übrigen Redner. US-Vertreter Walters erklärte nach der Abstimmung, der aktuelle Anlaß für die Einberufung des Sicherheitsrats sei für die Vereinigten Staaten besonders traurig, weil es sich um den Übergriff eines engen Freundes auf das Territorium eines anderen engen Freundes handelte. Washington könne aber nicht für die Resolution stimmen, weil sie Israel die Alleinschuld für die Spirale der Gewalt im Nahen Osten zuteilt.

Wenige Tage später sah sich der Sicherheitsrat erneut mit dem Thema Terrorismus konfrontiert. Ein palästinensisches Kommando hatte sich des italienischen Passagierschiffes »Achille Lauro« bemächtigt. Die auf Antrag Italiens am 9. Oktober abgegebene gemeinsame Erklärung aller 15 Ratsmitglieder (S/17554) fiel ungewöhnlich scharf aus. Sie verurteilte erstmals »alle Formen des Terrorismus, wobei es gleichgültig ist, wo und von wem er ausgeübt wird«. In der Vergangenheit hatten sich die Vereinten Nationen schwergetan, die verschiedenen Arten des Terrorismus in gleicher Weise zu ächten. So fanden in der Regel die arabischen Staaten und die Sowjetunion Entschuldigungen für Gewaltakte der Palästinenser, während die USA Verständnis für israelische Repressalien bekundeten.

Diesem neuen Schwung in Sachen Terrorismusbekämpfung konnte sich auch die Generalversammlung nicht verschließen. Das Thema steht zwar schon seit Jahren zur Debatte, doch eine substantielle gemeinsame Aktion wurde immer wieder verschoben. Im (für Rechtsfragen zuständigen) 6. Hauptausschuß der Generalversammlung legten einerseits Kuba und andererseits 16 westliche und neutrale Staaten Resolutionsentwürfe vor. Der westliche Entwurf wandte sich gegen jede Form von Terrorismus, der kubanische versuchte ein Schlupfloch für nationale Befreiungsbewegungen offenzuhalten. Beide Fassungen erfuhren Abänderungen, bis der Ausschußvorsitzende schließlich am 6. Dezember das Ergebnis seiner Verhandlungen auf den Tisch legte. Dieser Text wurde mit 118 Stimmen gegen eine (Kuba) bei zwei Enthaltungen (Israel und Burkina Faso) angenommen. Unter den 37 Staaten, die der Abstimmung fernblieben, befand sich der Iran. Die Mitglieder des Warschauer Paktes und die meisten arabischen Länder — darunter auch Libyen und Syrien — unterstützten den Text. Sie kritisierten jedoch, daß er keine klare Verurteilung des »Staatsterrorismus« enthält. Unter diesen Begriff reihen sie unter anderem israelische Vergeltungsschläge und die Unterstützung der nicaraguanischen Konterrevolutionäre durch die US-Regierung ein.

Vom Plenum der Generalversammlung wurde die Vorlage als Resolution 40/61 am 9. Dezember ohne förmliche Abstimmung angenommen. Präsident Jaime de Piniés aus Spanien nannte dieses Ergebnis »ein wirklich historisches Ereignis«, Generalsekretär Pérez de Cuéllar sprach von einer »bedeutsamen Leistung«. Die Entschliebung

»verurteilt unmißverständlich alle terroristischen Handlungen, Methoden und Praktiken, einschließlich solcher, die die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten und ihre Sicherheit gefährden, als kriminelle Akte, gleich wo und von wem sie begangen werden«.

Alle Staaten werden aufgefordert,

»ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen nachzukommen, wonach sie es zu unterlassen haben, terroristische Handlungen in anderen Staaten zu organisieren, anzustiften, zu unterstützen oder sich daran zu beteiligen bzw. auf ihrem Hoheitsgebiet Aktivitäten zu dulden, die auf die Begehung derartiger Handlungen gerichtet sind«.

Was allerdings fehlt, ist eine Definition des Begriffs Terrorismus. Es bleibt also vorläufig dabei, daß des einen Freiheits-

kämpfer des anderen Verbrecher ist. Dieser Umstand machte es zahlreichen Regierungen leicht, sich der Resolution anzuschließen. Die Frage soll aber 1987 bei der 42. Generalversammlung wieder aufs Tapet kommen.

Nicht nur wegen seiner Ausläufer der Gewalt blieb der Nahostkonflikt vorrangiges Thema der letzten Generalversammlung. Unter Führung Kuwaits versuchten die arabischen Staaten (mit Ausnahme Ägyptens, Jordaniens und Omans) die ›Suspendierung‹ Israels zu erreichen, weil dieser Staat angeblich systematisch die UN-Charta mißachtet. Wie in früheren Jahren wurde der Vorstoß durch einen Kunstgriff abgewürgt: Schweden brachte einen Verfahrens Antrag ein, der verlangte, daß die Versammlung den arabischen Einspruch gegen Israels Beglaubigung aus formalen Gründen nicht auf die Tagesordnung setzt. Da nach den Konferenzregeln zuerst die Prozedur und erst dann die Substanz behandelt wird, konnte die Mehrheit den arabischen Antrag vom Tisch wischen, ohne in der Sache Partei ergreifen zu müssen.

Ernsteren Ärger verursachte ein Resolutionsentwurf der Gruppe der Blockfreien, der eine spezielle Einladung der PLO und der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) zur Geburtstagsfeier der UN forderte. Der Vorbereitungsausschuß für die Jubiläumsfeier hatte nämlich ›vergessen‹, Yasser Arafat und Sam Nujoma nach New York einzuladen, obwohl deren Bewegungen Beobachterstatus genießen. Die Aussicht, gemeinsam mit dem PLO-Führer zu feiern, mißfiel aber US-Präsidenten Reagan auf das heftigste. Gerade nach den jüngsten Zwischenfällen im Mittelmeer, in welche zumindest eine Splittergruppe der PLO verwickelt war, sah die amerikanische Öffentlichkeit das Begehren der Blockfreien als eine Zumutung an. Den Zorn bekamen als erste die Inder zu spüren, welche den Vorsitz der blockfreien Staaten innehaben und den Resolutionsentwurf einbringen mußten. New Yorks Bürgermeister Edward Koch sagte einen geplanten Besuch in Indien ab und legte in einem offenen Brief an Premierminister Gandhi seine Gründe dar. Die Auseinandersetzung in den Kulissen der Generalversammlung wurde anfänglich mit harten Bandagen ausgetragen. Die USA drohten unmißverständlich, Reagan werde die Jubiläumssitzung boykottieren, falls Arafat dort aufkreuzen sollte. Die Blockfreien hingegen wollten sich solchem Druck einer Supermacht nicht beugen und sahen auch keinen Weg für einen eleganten Rückzieher.

Schließlich fand Präsident de Piniés doch einen Kompromiß, der beiden Seiten erlaubte, ihr Gesicht zu wahren. Er verlas einen Text, der zwar keine Einladung an die Führer der PLO und der SWAPO enthielt, aber die Gültigkeit einer Resolution aus dem Jahre 1974 bestätigte, welche beiden Organisationen die Teilnahme an allen Sitzungen als Beobachter mit Rederecht einräumt. Die Blockfreien verzichteten darauf, ihren Entwurf zur Abstimmung vorzulegen. Arafat und Nujoma erachteten es als weise, nicht am Katzentisch Platz zu nehmen und den Feiern fernzubleiben. Der ›Außenminister‹ der PLO, Faruk Khaddoumi, hatte übrigens durch besonders ungeschickte Äußerungen seine Organisation ins Abseits manövriert. Nach dem Mord an einem amerikanischen Passagier der ›Achille Lauro‹ erklärte er im Sicherheitsrat, der Mann sei wahrscheinlich an einem Herzversagen gestorben oder über die Reling gefallen. Bei anderer Gelegenheit meinte Khaddoumi, Leon Klinghoffer sei von seiner Frau umgebracht worden, welche die Lebensversicherung kassieren wollte.

Trotz der aufgewühlten Gefühle war die abgelaufene UN-Generalversammlung auch Schauplatz einer kleinen Öffnung in den arabisch-israelischen Beziehungen. Israels Premierminister Peres und der jordanische König Hussein hatten in ihre Reden Andeutungen über die Möglichkeit von Friedensverhandlungen eingebaut. Die USA hielten sich als Vermittler im Hintergrund. Die in New York angebahnte Gesprächsbereitschaft scheint in der Zwischenzeit Früchte zu tragen. Premierminister Peres gab jedenfalls Mitte Januar bekannt, daß er sich mit dem König von Jordanien bereits im vertraulichen Dialog befinde.

Ein anderer regionaler Konflikt, mit dem sich die UN-Generalversammlung mittlerweile zum sechsten Male beschäftigten mußte, ist der Krieg in Afghanistan. 1985 mußten die Sowjetunion und das von ihr gestützte Regime in Kabul ihre bisher schwerste Abstimmungsniederlage hinnehmen. Mit 122 gegen 19 Stimmen bei 12 Enthaltungen wurde in Resolution 40/12 der ›unverzügliche Abzug der fremden Truppen aus Afghanistan‹ verlangt. Nur mehr die engsten Verbündeten hielten Moskau die Stange. In den Kreisen der Dritten Welt macht sich zunehmende Ungeduld wegen des schleppenden Verlaufs der indirekten Verhandlungen unter Ägide der UN über eine politische Lösung des Afghanistan-Konflikts bemerkbar.

Am 20. November legten die Vereinten Nationen in New York einen neuen Bericht (A/40/843) vor, in dem es heißt, Menschenrechtsverletzungen, darunter auch willkürliche Massenmorde an der Zivilbevölkerung, breiteten sich in Afghanistan immer mehr aus. Es handelt sich um eine überarbeitete Fassung des Berichts, den der österreichische Völkerrechtsprofessor und konservative Parlamentsabgeordnete Felix Ermacora im Auftrag der UN-Menschenrechtskommission erstellt hatte. Darin wird der Regierung in Kabul und den sowjetischen Truppen vorgeworfen, »mit äußerster Rohheit gegen Gegner oder mutmaßliche Gegner vorzugehen, ohne jeglichen Respekt für menschenrechtliche Verpflichtungen«. Modernste Waffen würden vorwiegend gegen die Zivilbevölkerung, Dörfer und die landwirtschaftliche Infrastruktur angewendet.

Trotz dieser Beschuldigungen und der klaren Mehrheitsverhältnisse in Sachen Afghanistan akzeptierte auch diese Generalversammlung das Beglaubigungsschreiben der Delegation aus Kabul unter Führung von Außenminister Mohammad Dost. Die westlichen Staaten und eine Reihe von Ländern der Dritten Welt gaben lediglich den Vorbehalt zu Protokoll, damit sei keine Anerkennung der Legitimität des Karmal-Regimes verbunden. Dieser diplomatische Eiertanz wird wahrscheinlich weitergehen, bis die laufenden Verhandlungen Klarheit schaffen, ob eine tragfähige friedliche Lösung möglich ist.

Den Höhepunkt des New Yorker Stelldicheins bildete natürlich der 24. Oktober. Nach den ursprünglichen Plänen hätte an diesem Tag in einer Festsitzung lediglich die feierliche Deklaration angenommen werden sollen, welche die Ziele der Weltorganisation und den guten Willen ihrer Mitglieder bekräftigt. US-Präsident Reagan ließ es sich aber nicht nehmen, seinen Auftritt auf den Jubiläumstag zu legen. Damit forderte er jene heraus, die nicht allein ihm die Schau überlassen wollten. Schließlich gab es ein enormes Gerangel um die Plätze auf der Rednerliste. Zwischen die fünf Atomwaffenmächte und Indien als Sprachrohr der Dritten Welt schoben sich noch einige Akteure wie der neuseeländische Premierminister David Lange, denen kein anderes Datum paßte.

Reagan machte die Lösung regionaler Konflikte zum zentralen Thema seiner Ausführungen. Er schlug einen »regionalen Friedensprozeß ... der Fortschritt auf drei Ebenen anstrebt«, vor. Den Anfang müßten Verhandlungen zwischen den unmittelbaren Konfliktparteien bilden, was im Falle Afghanistans die Sowjetunion einschließe. Ziel soll die Beendigung der Gewalt, der Abzug der ausländischen Truppen und nationale Versöhnung sein. Auf einer zweiten Ebene würden sich die beiden Supermächte zusammensetzen, um den Verhandlungsprozeß zu unterstützen und internationale Garantien zu bieten. Gelänge das Unternehmen so weit, sollten die wieder »zur Familie der freien Nationen zurückgekehrten« Länder in der Weltwirtschaft willkommen geheißen werden, »damit sie am dynamischen Wachstum anderer Entwicklungsländer ... teilhaben können«. Ausdrücklich nannte Reagan Afghanistan, Kamputschea, Äthiopien, Angola und Nicaragua. All diese Konflikte gründen nach seiner Ansicht auf lokalen Streitigkeiten, haben aber einen gemeinsamen Nenner: »Sie sind die Folge einer von außen aufgezungenen Ideologie, welche die Nationen spaltet und Regime

schaft, die sich fast vom Tag ihrer Machtübernahme an mit dem eigenen Volk im Krieg befinden.«

Reagans Vorschläge, die von den meisten Beobachtern als überaus simpel und unrealistisch empfunden wurden, zielten natürlich auf Wirkung in der heimischen Öffentlichkeit ab. Selbst US-Vertreter machten keinen Hehl daraus, daß sie als »Antwort auf die Propagandakampagne der Sowjets« konzipiert waren. Im Gegensatz dazu gab sich der neue sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse Mühe, bei seinem ersten Auftritt vor der UN-Generalversammlung staatsmännisches Profil zu zeigen und »konstruktiv« zu wirken. »Der beste Weg, den Geburtstag der UNO zu begehen, liegt darin, sich auf die ungelösten Probleme zu konzentrieren«, erklärte er. Die Hauptaufgabe sei eine Friedensgarantie für die gegenwärtige und die künftigen Generationen. Schewardnadse pries die sowjetischen Abrüstungsinitiativen und forderte die Staatengemeinschaft zu kollektiven Taten auf. Der in ungewöhnlich moderatem Ton vorgetragene Rede fehlte allerdings die Prise Salz, welche einem Gericht den Geschmack verleiht.

Es ist viel gerätselt worden, warum sich Parteichef Gorbatschow die Gelegenheit entgehen ließ, am »Welt-Gipfel« aufzutreten. Nicht einmal Staatsoberhaupt Andrej Gromyko, als Außenminister während eines Vierteljahrhunderts mit dem Räderwerk der Weltorganisation bestens vertraut, ließ sich in New York blicken. Eine politisch motivierte Entscheidung des Ostblocks ist dahinter kaum zu vermuten, sonst hätten wohl der polnische Parteiführer Jaruzelski und der ungarische Präsident

Pal Losonczi ebenfalls gefehlt. Tatsache bleibt indessen, daß sich die übrigen Mitglieder des Warschauer Paktes lediglich durch ihre Außenminister vertreten ließen.

Einiges Zähneknirschen in den Chefetagen des UN-Sitzes verursachte der Umstand, daß Präsident Reagan ausgerechnet für den Jubiläumstag die maßgeblichen westlichen Staaten zu einem Gipfeltreffen nach New York einlud. Diese Zusammenkunft der Regierungschefs der USA, Japans, Großbritanniens, der Bundesrepublik Deutschland, Italiens und Kanadas (Frankreich schlug die Vorladung aus) drohte die UN-Feier in den Schatten zu stellen. Im Endeffekt störten einander die beiden Parallelveranstaltungen nur wenig, denn der westliche »Mini-Gipfel« erbrachte keinerlei Sensationen. Man fragte sich nachher, was er denn überhaupt bezweckte.

Die konkreten Auswirkungen des Reigens von rund 70 Präsidenten, Königen und Premierministern sind noch schwer abzuschätzen. Mindestens ebenso wichtig wie ihre Bekenntnisse zu den Zielen der UN waren die zahlreichen persönlichen Kontakte. So nahmen der indische Premierminister und der pakistanische Staatspräsident das Gespräch über eine Regelung der historischen Streitigkeiten zwischen den beiden Ländern auf. Viele Absprachen in den Kulissen drangen niemals an die Öffentlichkeit. In der Menge der hohen Festgäste verschwand der einzelne beinahe in der Anonymität. »Nicht einmal ein Chamäleon würde sich hier mehr zurechtfinden«, seufzte ein verzweifelter Diplomat.

## Die Vereinten Nationen an der Schwelle zum fünften Jahrzehnt



*Mit einem internationalen und einem internen Jubiläum konnte die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen 1985 ihre XVIII. Ordentliche Hauptversammlung verbinden: dem 40. Jahrestag der Gründung der Weltorganisation und dem 25jährigen Bestehen des DGVN-Landesverbands Baden-Württemberg. Für die Festveranstaltung am 8. November bot das Neue Schloß zu Stuttgart einen würdigen Rahmen: Ministerpräsident Lothar Späth hob einleitend nicht zuletzt Weltoffenheit und Weltverbundenheit seines Bundeslandes hervor, Generaldirektor Erik Suy vom Genfer Büro der Vereinten Nationen schilderte Schwierigkeiten wie Erfolge der Weltorganisation und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher setzte den Akzent auf die Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland in den Vereinten Nationen. Hier die beiden Hauptvorträge im Wortlaut.*

### Die kleinen Schritte auf dem Weg zu einer besseren Welt

ERIK SUY

Mit ganz besonderer Freude habe ich die Einladung der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen angenommen, an Ihrer Feier zum 40. Jahrestag der Vereinten Nationen und zugleich zum 25. Jahrestag Ihres baden-württembergischen Landesverbandes teilzunehmen. Ich überbringe Ihnen die Grüße des Generalsekretärs zu diesem Tage; wir wünschen uns alle, daß die ermutigende und kritische Begleitung, die die Vereinten Nationen bisher von Ihnen und durch Sie von wichtigen Teilen der Öffentlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland erfahren haben, bei ihren kleinen Schritten auf dem Weg zu einer besseren Welt weiterhin die für uns alle so notwendige Unterstützung behält.

I

»Vertrauensbildung, Transparenz, Offenheit, Ausgewogenheit und Nachprüfbarkeit«, das waren, Herr Bundesaußenminister, die Kriterien, die Sie kürzlich in Ihrer Rede vor der Generalversammlung aufstellten als Voraussetzung für die kooperative Herstellung von mehr Sicherheit und Friedensbereitschaft. Sie können gewiß als Richtwerte für die Arbeit der Vereinten Nationen insgesamt gelten, sie gehören in der Tat zu den Grund-

werten und Zielen der in diesen Tagen vierzig Jahre alt gewordenen Charta.

Erinnern wir uns noch einmal an die Umstände und Zeit ihres Entstehens, am Ende der zweiten Katastrophe Europas in diesem Jahrhundert: an den einhelligen Wunsch, wieder zu einem »normalen« internationalen Leben zurückzukehren. Es war bei allen Schwierigkeiten, inmitten der großen Zerstörung eine Zeit der Hoffnung: auf eine Welt, gegründet auf Frieden und Recht, in der die Grundrechte und die Würde des Menschen respektiert werden, in der sich der Gedanke der Gleichheit aller Völker, aller Menschen durchsetzt, in der die Grundbedürfnisse der Menschen befriedigt werden.

Das war damals kein unverantwortlicher Idealismus. Die Erinnerung an die Fehler der Vergangenheit mit ihren schrecklichen Folgen brachte die Gründer der neuen Weltorganisation zu der Erkenntnis, daß die Schrecken des Zweiten Weltkrieges hätten vermieden werden können, wenn es nur rechtzeitig gelungen wäre, wirksame internationale Mechanismen zu entwickeln, um die auseinanderstrebenden Interessen auf einen Nenner zu bringen, Konflikte friedlich zu lösen und durch kollektive Sicherheitsmaßnahmen vor Aggression zu schützen.